18. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche östlich der Brandshäger Straße im Stadtteil Andershof

Prüfung und Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit

In der Übersichtstabelle sind die im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen erfasst. Stellungnahmen zum Vorentwurf sind mit a, Stellungnahmen zum Entwurf mit b und Stellungnahmen zum geänderten Entwurf mit c nummeriert.

Die Prüfung und Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen enthält die abwägungsrelevanten Stellungnahmen. Daher wurden außer den mit c bezeichneten Stellungnahmen grundsätzlich auch die mit a und b bezeichneten Stellungnahmen aufgenommen, soweit sie weitere abwägungsrelevante Hinweise bzw. Anregungen enthalten.

Übersichtstabelle der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden, der Bürger und der Öffentlichkeit

Nr.	Name	Datum des Schreibens	Zustimmung	Hinweise	Anregungen
1 a 1 b	Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern, Stralsund	28.06.2021 27.01.2022		X X	
2 a	Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie, M-V, Güstrow Zum Entwurf wurde gem. E-Mail vom 31.01.2022 keine Stellungnahme abgegeben	15.06.2021	X		
3 a 3 b	Straßenbauamt, Stralsund	28.06.2021 03.01.2022		X	
4 a 4 b	Bergamt, Stralsund	10.06.2021 31.01.2022		X X	
5 a 5 b	Landesamt für Gesundheit und Soziales, M-V, Stralsund	04.06.2021 03.01.2022			
6 a 6 b	Hauptzollamt Stralsund	08.06.2021 18.01.2022		X	
7 a 7 b	Landesforst M-V, Forstamt Schuenhagen	11.06.2021 03.02.2022	X X	X X	X
8 a 8 b	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Schwerin	18.06.2021 08.02.2022		X X	

Nr.	Name	Datum des Schreibens	Zustimmung	Hinweise	Anregungen
9 a 9 b	50Hertz Transmission GmbH, Berlin	28.05.2021 23.12.2021		X X	
10 a 10 b	Deutsche Telekom Technik GmbH, Dresden	08.06.2021 10.01.2022		X X	
11 a 11 b	Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin	31.05.2021 15.12.2021		X X	
12 a 12 b	Gemeinde Steinhagen über Amt Niepars	28.06.2021 14.02.2022	X X		
13 a	Gemeinde Pantelitz über Amt Niepars	28.06.2021	X		
14 a 14 b	Gemeinde Lüssow über Amt Niepars	28.06.2021 14.02.2022	X X		
15 a 15 b	Gemeinde Sundhagen über Amt Miltzow	03.06.2021 18.02.2022			
16 a 16 b	Gemeinde Kramerhof durch Amt Altenpleen	29.06.2021 14.01.2022			
17 a	Gemeinde Gustow über Amt Bergen auf Rügen	03.08.2021		X	
	Universitäts- und Hansestadt Greifswald	10.02.2022		X	
18 a	E.DIS Netz GmbH, Fürstenwalde/Spree	16.06.2021		X	
19 a 19 b	GDMcom GmbH, Leipzig	31.05.2021 21.01.2022		X X	X X
20 a 20 b	Landkreis Vorpommern-Rügen, Stralsund	25.06.2021 07.02.2022		X X	X
21 a 21 b	Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt Greifswald	01.06.2021 04.01.2022		X X	

Nr.	Name	Datum des Schreibens	Zustimmung	Hinweise	Anregungen
22 a 22 b	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn	05.06.2021 04.01.2022			
23 a 23 b	Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern	29.07.2021 31.01.2022	X X	X X	
24 b	Wasser- und Bodenverband „Barthe/Küste“, Stralsund	29.12.2021			
25 b	REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH, Stralsund	04.02.2022			
26 b	SWS Energie GmbH	07.02.2022		X	
27 b	SWS Telnet GmbH	07.01.2022		X	
28	Einwender A	08.02.2022			X

18. ÄNDERUNG DER FLÄCHENNUTZUNGSPLANS der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche östlich der Brandshäger Straße im Stadtteil Andershof

Prüfung und Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit Abwägungsrelevante Stellungnahmen

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
1 b	<p>Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern, Stralsund 27.01.2022</p> <p>Wasserwirtschaft Der in meiner Stellungnahme vom Juni 2021 aus Sicht der EG-WRRL gegebene Hinweis zum EG-WRRL-berichtspflichtigen Wasserkörper „Graben aus Voigdehäger Teich“ (NVPK-0700) wurde in die Planungsunterlagen aufgenommen.</p> <p>Gemäß nun vorgelegten Unterlagen (Baugrundgutachten vom 10.01.2020, AN: IB.M Geotechnik Stralsund) kann eine technische Versickerung von Oberflächenwasser aufgrund der erkundeten Baugrundverhältnisse (oberflächennah anstehende sehr gering wasserdurchlässige Geschiebeböden/ Schluff) voraussichtlich nicht in Frage kommen.</p> <p>Bei der Einleitung von Niederschlagswasser aus dem Plangebiet über den angrenzenden Graben Nr. 12 in den WRRL- relevanten „Graben aus Voigdehäger Teich“ verweise ich bzgl. der EG-WRRL-Zielstellungen auf meine Stellungnahme vom 28.06.2021 (Az.: StALUVP12/5122/VR/34-1/20) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.68 „Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße, Hansestadt Stralsund“. Im Weiteren werden von dem Vorhaben keine in der Zuständigkeit des STALU VP befindlichen wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie weitere, durch das STALU VP zu vollziehende wasserbehördliche Entscheidungen berührt.</p> <p>Naturschutz, Altlasten und Bodenschutz Belange, die durch mein Amt zu vertreten sind, werden nicht betroffen.</p> <p>Ihr Planvorhaben wurde aus der Sicht der von meinem Amt zu vertretenden Belange des anlagenbezogenen Immissionsschutzes geprüft. Im Plangebiet befin-</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen. Bei dem Bebauungsplan Nr. 68 handelt es sich nicht um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Die Stellungnahme zum genannten Bebauungsplan wird im Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung berücksichtigt. Die in dieser Stellungnahme erläuterten Belange werden durch die 18. Änderung des Flächennutzungsplans nicht berührt und stehen der geplanten Flächendarstellung somit nicht entgegen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>Voigdehäger Teich“ verweise ich auf meine Stellungnahmen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.68 „Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße“ (Hansestadt Stralsund).</p> <p>Im Weiteren werden von dem Vorhaben keine in der Zuständigkeit des STALU VP befindlichen wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie weitere, durch das STALU VP zu vollziehende wasserbehördliche Entscheidungen berührt.</p>	<p>Beim Bebauungsplan Nr. 68 handelt es sich nicht um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Die Stellungnahme zum genannten Bebauungsplan wird im Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung berücksichtigt. Die in dieser Stellungnahme erläuterten Belange werden durch die 18. Änderung des Flächennutzungsplans nicht berührt. Die EG-WRRL-Zielstellungen stehen den geplanten Flächendarstellungen nicht entgegen.</p>
2 a	<p>Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V, Güstrow 15.06.2021</p> <p>Abteilung Immissionsschutz und Abfallwirtschaft Aus Sicht des Lärmschutzes wird nachfolgend Stellung genommen. Grundlage der Prüfung bildet folgende Unterlage: [1] Satzung über den Bebauungsplan Nr. 68 "Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße" der Hansestadt Stralsund, Vorentwurf vom April 2021 [2] Begründung zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 68 "Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße" der Hansestadt Stralsund, Vorentwurf vom April 2021 [3] Schalltechnische Untersuchung, B-Plan Nr. 68 Stralsund, UmweltPlan GmbH Stralsund, Projekt-Nr.: 30602-00, Bearbeiter: Dipl.-Ing. Jens Hahn, M. Sc. Maiko Becker, vom Februar 2021</p> <p>Die akustische Plausibilität der Schalltechnischen Untersuchung [3] kann seitens des LUNG bestätigt werden.</p>	<p>Die Bestätigung wird begrüßt. Sie ist vor allem für die Bebauungsplanebene relevant.</p>
3 b	<p>Straßenbauamt Stralsund 03.01.2022</p> <p>Zu der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche östlich der Brandshäger Straße im Stadtteil Andershof und Anpas-</p>	

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>sung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes sind aus straßenbaulicher und verkehrlicher Sicht keine Anregungen oder Bedenken vorzubringen. Diese Stellungnahme bezieht sich auf den straßenbaulichen und verkehrlichen Bereich der Straßen des überörtlichen Verkehrs, die in der Verwaltung des Straßenbauamtes stehen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
4 b	<p>Bergamt Stralsund 31.01.2022</p> <p>Die von Ihnen zur Stellungnahme eingereichte Maßnahme [...] berührt keine bergbaulichen Belange nach Bundesberggesetz (BBergG), aber Belange nach Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in der Zuständigkeit des Bergamtes Stralsund.</p> <p>Für den Bereich der o. g. Maßnahme liegen zurzeit keine Bergbauberechtigungen oder Anträge auf Erteilung von Bergbauberechtigungen vor. Im Flächennutzungsplangebiet verläuft die stillgelegte Ferngasleitung (FGL) 92. Details zur FGL 92 bzgl. Verpressung, Rückbau u/o Verschluss erfragen Sie bitte bei der ONTRAS Gastransport GmbH, Maximilianallee 4 in 04129 Leipzig Aus Sicht der vom Bergamt Stralsund zu wahrenen Belange werden keine weiteren Einwände oder ergänzenden Anregungen vorgebracht.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die genannte stillgelegte Ferngasleitung ist bekannt. Im Zuge nachfolgender Planung (insbesondere Erschließungsplanung) werden die erforderlichen Absprachen mit den Leitungsträgern geführt. Der Leitungsträger wurde im Änderungsverfahren beteiligt.</p>
5 b	<p>Landesamt für Gesundheit und Soziales MV, Stralsund 03.01.2022</p> <p>Die zur Stellungnahme vorgelegten Antragsunterlagen wurden gemäß Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) vom 07.08.1996 (BGBl. I S. 1246) in der aktuell gültigen Fassung, i.V.m. der Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung - ArbStättV) vom 12.08.2004 (BGBl. I S.2179) in der aktuell gültigen Fassung, geprüft.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die gegebenen Hinweise sind für die Bauausführung relevant und stehen den geplanten Flächendarstellungen nicht entgegen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>Gegen das Vorhaben bestehen aus der Sicht des Arbeitsschutzes keine Einwendungen, wenn es entsprechend den vorgelegten Unterlagen und arbeitsschutzrechtlichen Anforderungen ausgeführt wird.</p> <p>Hinweis: Pflichten des Bauherrn nach Baustellenverordnung Während der Vorbereitungs- und Ausführungsphase des Bauvorhabens sind vom Bauherrn die Anforderungen aus der Baustellenverordnung einzuhalten bzw. umzusetzen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere für den Fall, dass an diesem Vorhaben mehrere Arbeitgeber gleichzeitig oder nacheinander tätig werden, ein geeigneter Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator zu bestellen sowie durch diesen eine Unterlage für spätere Arbeiten an der baulichen Anlage zusammenzustellen. Eine damit erforderlichenfalls verbundene Vorankündigung der Baumaßnahmen ist spätestens 14 Tage vor Baubeginn an das Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit, Dezernat Stralsund zu übersenden. (Baustellenverordnung - BaustellV) vom 10. Juni 1998 (BGBl. I, S. 1283)</p>	
6 b	<p>Hauptzollamt Stralsund 18.01.2021</p> <p>im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB verweise ich vollumfänglich auf meine Stellungnahme vom 08.06.2021 GZ: Z 2316 B - BB 48/2021 - B 110001 (G 110311).</p>	<p>Die Stellungnahme vom 08.06.2021 wird nachfolgend abgewogen.</p>
6 a	<p>08.06.2021</p> <p>im Rahmen der Beteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB merke ich zu der 18. Änderung des FNP und zur Anpassung des LP folgendes an:</p>	

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>1 Ich erhebe aus zollrechtlicher und fiskalischer Sicht keine Einwendungen gegen den Entwurf.</p> <p>2 Darüber hinaus gebe ich folgende Hinweise: Das Plangebiet befindet sich im grenznahen Raum (§ 14 Abs. 1 ZollVG i. V. m. § 1, Anlage 1 C der Verordnung über die Ausdehnung des grenznahen Raumes und die der Grenzaufsicht unterworfenen Gebiete – GrenzAV –). Insoweit weise ich rein vorsorglich auf das Betretungsrecht im grenznahen Raum gem. § 14 Abs. 2 ZollVG, welches auch während etwaiger Bauphasen jederzeit gewährleistet sein muss, hin.</p> <p>Darüber hinaus kann das Hauptzollamt verlangen, dass Grundstückseigentümer und -besitzer einen Grenzpfad freilassen und an Einfriedungen Durchlässe oder Übergänge einrichten, das Hauptzollamt kann solche Einrichtungen auch selbst errichten (Sätze 2 und 3 ebendort).</p>	<p>Die Stellungnahme und die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die in der 18. Änderung des Flächennutzungsplans und der Änderung des beigeordneten Landschaftsplans vorgesehenen Darstellungen stehen den beschriebenen Rechten des Hauptzollamts nicht entgegen. Das Betretungsrecht ist ggf. von den Bauherren bzw. den Nutzern betroffener Grundstücke zu berücksichtigen.</p>
7 b	<p>Landesfort M-V, Forstamt Schuenhagen</p> <p style="text-align: right;">03.02.2022</p> <p>zu o.g. Vorhaben nehme ich für das Forstamt Schuenhagen für den Geltungsbereich des Bundeswaldgesetzes vom 2. Mai 1975 (BGBl. S. 1037), das zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Januar 2017 (BGBl. S. 75) geändert worden ist, und des Waldgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Landeswaldgesetz – LWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 870), letzte berücksichtigte Änderung: geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 794) als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung: Dem o. g. Vorhaben wird aus forstrechtlicher Sicht unter Beachtung und Umsetzung nachfolgender Hinweise zugestimmt.</p> <p>Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Aufstellung des B-Plans Nr. 68 der Hansestadt Stralsund „Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße“ zu</p>	<p>Die Zustimmung wird begrüßt.</p> <p>Die Sachdarstellung ist zutreffend.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
7 a	<p>schaffen, wurde mit dem Bürgerschaftsbeschluss vom 26.09.2019 auch das Verfahren zur 18. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Teilfläche östlich der Brandshäger Straße und zur Anpassung des beigeordneten Landschaftsplanes eingeleitet. Im räumlichen Geltungsbereich des Flächennutzungsplanes soll die bisherige Darstellung als Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Sportplatz“ überwiegend in eine Wohnbaufläche geändert werden. Der ca. 9,8 ha große räumliche Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 4, 5, 6, 10, 11 und 12 der Flur 4 in der Gemarkung Andershof.</p> <p>Nordöstlich und südlich des räumlichen Geltungsbereiches befinden sich Waldflächen, welche im beigefügten Lageplan weiß gekennzeichnet sind. Diese Flächen sind in der Planzeichnung entsprechend als Flächen für Wald darzustellen.</p> <p>Zu den Waldflächen ist gemäß § 20 LWaldG mit baulichen Anlagen ein Waldabstand von 30 m einzuhalten.</p> <p>In der Planzeichnung des B-Plans Nr. 68 (Vorentwurf April 2021) sind die Flächen für Wald im und am Geltungsbereich bereits korrekt dargestellt worden. Diesbezüglich verweise ich an dieser Stelle auch auf meine Stellungnahme vom 08.06.2021 (Az: FoA13/7444.382-2021-016).</p>	<p>Die Anregung wird nicht berücksichtigt. Die Waldflächen befinden sich außerhalb des Änderungsbereiches und unterschreiten die Größe der im Flächennutzungsplan selbstständig darzustellenden Flächennutzungen. Eine Darstellung als Wald ist daher aufgrund der nichtparzellenscharfen Konzeption des Flächennutzungsplanes als vorbereitender Bauleitplan maßstabsbedingt (M 1:10.000) nicht möglich. Die fehlende Darstellung steht dem Erhalt des bestehenden Waldes jedoch nicht entgegen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Berücksichtigung des Waldabstandes ist bereits maßstabsbedingt auf der Ebene des Flächennutzungsplanes nicht möglich. Die Berücksichtigung des Waldabstandes erfolgt im Bebauungsplan Nr. 68 und im daran anschließenden Zulassungsverfahren. Die in der 18. Änderung des Flächennutzungsplans und der Änderung des beigeordneten Landschaftsplans vorgesehenen Darstellungen stehen den Regelungen zu baulichen Vorhaben innerhalb des Waldabstandes nicht entgegen.</p> <p>Der Hinweis ist unverständlich. Es ist nicht ersichtlich ob bzw. auf welche forstrechtlichen Belange sich das Forstamt Schuenhagen hier bezieht. Es liegt keine Stellungnahme mit Datum vom 08.06.2021 vor. Die durch das Forstamt Schuenhagen mit Stellungnahme vom 11.06.2021 zum Vorentwurf mitgeteilten forstrechtlichen Belange wurden berücksichtigt.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p style="text-align: right;">11.06.2021</p> <p>O.g. Vorhaben wird aus forstrechtlicher Sicht unter Beachtung nachfolgender Begründung zugestimmt. Bereits 2019 wurde im Bereich des Bebauungsplanes eine Waldfeststellung vorgenommen. Diese wurde in den Bebauungsplan übernommen. Der Teil der nördlichen Waldfläche, die in den Geltungsbereich hineinragt, wurde als Waldfläche gekennzeichnet. Durch die nördliche Waldfläche soll ein Geh- und Radweg (Weg D5) führen. Um insbesondere den Wurzelbereich der Waldbäume zu schonen ist im Bereich der Waldfläche der Weg in wassergebundener Bauweise zu errichten. Der Weg gilt als Waldweg im Sinne des § 2°(2) LWaldG.</p> <p>Gemäß § 20 LWaldG ist zur Sicherung vor Gefahren durch Windwurf oder Waldbrand bei der Errichtung baulicher Anlagen ein Abstand von 30 Metern zum Wald einzuhalten. Die Baufelder liegen durchweg außerhalb des gesetzlichen Waldabstandes, der Waldabstand wurde in die Planzeichnung übernommen. Gemäß § 2 Nr. 6 WAbstVO können Ausnahmen von der Einhaltung des Waldabstandes zugelassen werden bei Anlagen, die nicht zu Wohnzwecken oder nicht dem vorübergehenden Aufenthalt von Menschen dienen, soweit gewährleistet ist, dass aufgrund der Eigenart der Anlage, der örtlichen Gegebenheiten oder geeigneter Maßnahmen der mit dem Waldabstand beabsichtigte Schutzzweck nicht erheblich beeinträchtigt wird. Beim Spielplatz im Waldabstandsbereich der nördlichen Waldfläche gehe ich davon aus, dass dies zutrifft. Insbesondere bei Extremwetterlagen (Sturm, Hitze) ist davon auszugehen, dass auf Grund eines fehlenden Wetterschutzes der Spielplatz nicht genutzt wird. Entsprechend § 2° Nr. 6 WAbstVO kann auch der Errichtung einer Lärmschutzwand im Waldabstandsbereich zugestimmt werden. Diese dient nicht dem dauerhaften oder vorübergehenden Aufenthalt von Menschen.</p> <p>Unter Einhaltung der textlichen Festsetzung Nr. 5.3 ist eine Beteiligung der Forst-</p>	<p>Die Zustimmung wird begrüßt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die verbindliche Bauleitplanung.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die verbindliche Bauleitplanung. Die in der 18. Änderung des Flächennutzungsplans und der Änderung des beigeordneten Landschaftsplans vorgesehenen Darstellungen stehen der Einhaltung der beschriebenen Regelungen zum Waldabstand nicht entgegen. Auf der Ebene des Bebauungsplanes Nr. 68 werden die Bauflächen so angeordnet, dass die Anforderungen der Waldabstandsverordnung berücksichtigt werden.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>behörde bei Bauvorhaben nicht notwendig.</p> <p>Es ist nicht zu erwarten, dass sich unter Einhaltung der textlichen Festsetzung Nr. 8.2 die mit A2 gekennzeichnete Fläche zu Wald entwickelt.</p>	<p>Sie betreffen die verbindliche Bauleitplanung.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen den parallel aufgestellten Bebauungsplan..</p>
8 b	<p>Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Schwerin (betreffend FNP und LP)</p> <p style="text-align: right;">08.02.2022</p> <p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
9 b	<p>50Hertz Transmission GmbH</p> <p style="text-align: right;">23.12.2021</p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
10 b	<p>Deutsche Telekom Technik GmbH, Dresden</p> <p style="text-align: right;">10.01.2022</p> <p>die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche</p>	<p>Die Stellungnahme und die Anlage werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen und stehen den geplanten Flächendarstellungen</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Gegen die 18. Änderung des o. g. Flächennutzungsplanes gibt es prinzipiell keine Einwände.</p> <p>In Ihrem Planungsbereich befinden sich hochwertige Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus den beigefügten Lageplänen zu entnehmen ist. Unsere Leitungen sind in der Regel mit einer Überdeckung von ca. 60 cm verlegt. Eine abweichende Tiefenlage ist wegen Kreuzungen anderer Anlagen, infolge nachträglicher Veränderung der Deckung durch Straßenumbauten u. dgl. und aus anderen Gründen möglich.</p> <p>In Kreuzungspunkten mit einer Telekommunikationslinie ist die genaue Tiefenlage durch Querschlag zu ermitteln.</p> <p>Ein Überbauen der Anlagen und Maßnahmen, die zu einer Verringerung der Überdeckung führen, sind nicht gestattet. Es ist die Originalüberdeckung von 0,60 Meter wieder herzustellen. Die Trassenbänder sind 0,30 Meter über die Anlagen neu zu verlegen. Bei Freilegung der Telekommunikationslinien während der Baumaßnahme sind diese durch geeignete Maßnahmen zu schützen und zu sichern. Sollte die Herstellung einer Anbindung an das Telekommunikationsnetz gewünscht werden, muss die Antragstellung separat über den Bauherrens-service, Rufnummer 0800 330 1903, erfolgen. Weitere Hinweise finden Sie auch im Internet unter: www.telekom.de/umzug/bauherren !</p> <p>Wir möchten Sie bitten, den Vorhabenträger auf diesen Punkt aufmerksam zu machen.</p> <p>Für Fragen zum Inhalt unseres Schreibens stehen wir Ihnen unter den obengenannten Kontaktmöglichkeiten oder unserer Besucheranschrift zur Verfügung.</p> <p>Anlagen Lagepläne</p>	<p>nicht entgegen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
11 b	<p>Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 15.12.2021</p> <p>in dem von Ihnen angegebenen Bereich befinden sich gesetzlich geschützte Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die genaue Lage der Festpunkte entnehmen Sie bitte den Anlagen; die Festpunkte sind dort farbig markiert. In der Örtlichkeit sind die Festpunkte durch entsprechende Vermessungsmarken gekennzeichnet ("vermarkt"). Vermessungsmarken sind nach § 26 des Gesetzes über das amtliche Geoinformations- und Vermessungswesen (Geoinformations- und Vermessungsgesetz - GeoVermG M-V) vom 16. Dezember 2010 (GVOBl. M-V S. 713) gesetzlich geschützt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vermessungsmarken dürfen nicht unbefugt eingebracht, in ihrer Lage verändert oder entfernt werden. - Zur Sicherung der mit dem Boden verbundenen Vermessungsmarken des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes darf eine kreisförmige Schutzfläche von zwei Metern Durchmesser weder überbaut noch abgetragen oder auf sonstige Weise verändert werden. Um die mit dem Boden verbundenen Vermessungsmarken von Lagefestpunkten der Hierarchiestufe C und D auch zukünftig für satellitengestützte Messverfahren (z.B. GPS) nutzen zu können, sollten im Umkreis von 30 m um die Vermessungsmarken Anpflanzungen von Bäumen oder hohen Sträuchern vermieden werden. Dies gilt nicht für Lagefestpunkte (TP) 1.-3. Ordnung. - Der feste Stand, die Erkennbarkeit und die Verwendbarkeit der Vermessungsmarken dürfen nicht gefährdet werden, es sei denn, notwendige Maßnahmen rechtfertigen eine Gefährdung der Vermessungsmarken. - Wer notwendige Maßnahmen treffen will, durch die geodätische Festpunkte gefährdet werden können, hat dies unverzüglich dem Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen mitzuteilen. Falls Festpunkte bereits jetzt durch das Bauvorhaben gefährdet sind, ist rechtzeitig (ca. 4 Wochen vor Beginn der 	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen und berühren nicht die geplanten Darstellungen. Die Hinweise sind ggf. für das Bebauungsplan- bzw. nachgelagerte Zulassungsverfahren relevant. Die in der 18. Änderung des Flächennutzungsplans und der Änderung des beigeordneten Landschaftsplans vorgesehenen Darstellungen stehen der Einhaltung der beschriebenen Regelungen nicht entgegen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>Baumaßnahme) ein Antrag auf Verlegung des Festpunktes beim Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen zu stellen. Ein Zuwiderhandeln gegen die genannten gesetzlichen Bestimmungen ist eine Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 5 000 Euro geahndet werden. Ich behalte mir vor, ggf. Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Bitte beachten Sie das beiliegende Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte.</p> <p>Hinweis: Bitte beteiligen Sie auch die jeweiligen Landkreise bzw. kreisfreien Städte als zuständige Vermessungs- und Katasterbehörden, da diese im Rahmen von Liegenschaftsvermessungen das Aufnahmepunktfeld aufbauen. Aufnahmepunkte sind ebenfalls zu schützen.</p> <p>Anlagen: Übersichtskarte Auszüge aus dem amtlichen Festpunktinformationssystem Merkblatt</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Beteiligung des Landkreises am weiteren Verfahren erfolgte bereits. Sie ergab sich aus § 4 Abs. 2 BauGB.</p>
12 b	<p>Gemeinde Steinhagen über Amt Niepars 14.02.2022</p> <p>Im Verfahren erteilt die Gemeinde Steinhagen ihre Zustimmung ohne Anregungen und Hinweise. Planungsrechtliche Belange der Gemeinde Steinhagen werden nicht berührt. Die Zustimmung wurde mit der Beschlussnummer 164-17/22 der Gemeinde Steinhagen erteilt.</p>	<p>Die Zustimmung wird begrüßt.</p>
13 a	<p>Gemeinde Pantelitz über Amt Niepars 28.06.2021</p> <p>die Gemeinde Pantelitz hat keine Anregungen und Hinweise zum o.g. Planvorha-</p>	<p>Die Zustimmung wird begrüßt.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	ben der Hansestadt Stralsund. Bedenken werden somit nicht erhoben. Planungsrechtliche Belange der Gemeinde Pantelitz werden nicht berührt. Die Zustimmung wurde mit der Beschlussvorlage 93.-12/21 der Gemeinde Pantelitz erteilt.	
14 b	<p>Gemeinde Lüssow über Amt Niepars</p> <p style="text-align: right;">14.02.2022</p> <p>Im Verfahren erteilt die Gemeinde Lüssow ihre Zustimmung ohne Anregungen und Hinweise. Planungsrechtliche Belange der Gemeinde Lüssow werden nicht berührt. Die Zustimmung wurde mit der Beschlussnummer 139-22/22 der Gemeinde Lüssow erteilt.</p>	<p>Die Zustimmung wird begrüßt.</p>
15 b	<p>Gemeinde Sundhagen über Amt Miltzow</p> <p style="text-align: right;">18.02.2022</p> <p>Die Gemeinde Sundhagen hat zum oben genannten Vorhaben keine Belange vorzutragen. Belange der Gemeinde werden nicht berührt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
16 b	<p>Gemeinde Kramerhof über Amt Altenpleen</p> <p style="text-align: right;">14.01.2022</p> <p>die Gemeindevertretung der Gemeinde Kramerhof hat zum Entwurf der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Teilfläche östlich der Brandshäger Straße im Stadtteil Andershof und zur Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes keine Anregungen vorzubringen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
17 a	Gemeinde Gustow über Amt Bergen auf Bügen <p style="text-align: right;">03.08.2021</p> <p>Die Gemeindevertretung der Gemeinde Gustow beschließt zu dem im Betreff genannten Entwurf keine Stellungnahme abzugeben. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Gustow wünscht keine weiteren Beteiligungen zu diesem Bauleitplanverfahren.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Im Zuge des weiteren Verfahrens erfolgt die Beteiligung gemäß § 2 Abs. 2 BauGB. Sie ist nicht optional.</p>
	Universitäts- und Hansestadt Greifswald <p style="text-align: right;">10.02.2022</p> <p>die Stadt Stralsund beabsichtigt mit der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes die planungsrechtlichen Voraussetzungen für ein 9,7 ha großes Wohngebiet im Stadtteil Andershof zu schaffen. Der Planbereich schließt an vorhandene Wohngebiete in Stadtrandnähe an und ist infrastrukturell gut angebunden. Durch die überregionale gute Straßenanbindung und die sehr gute straßenorientierte Anbindung an das benachbarte Teiloberzentrum Greifswald wird gemäß Planbegründung u.a. auch direkt die potenzielle Nachfragegruppe der Pendler nach Greifswald angesprochen (Kap. 1.2 der Begründung). Dies wird im Sinne einer notwendigen Konzentration bzw. erwünschten Verlagerung der Pendlerverkehre zwischen Stralsund und Greifswald auf den vorhandenen Schienenverkehr zumindest kritisch vermerkt. Ergänzend zum o.g. Hinweis werden keine weiteren abwägungsrelevanten Belange der Universitäts- und Hansestadt Greifswald negativ berührt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Mit dem geplanten Bahnhofpunkt in Andershof in unmittelbarer Nähe zum Änderungsbereich ist eine Verlagerung der Pendlerverkehre auf die Schiene wahrscheinlich.</p>
18 a	E.DIS Netz GmbH, Fürstenwalde/Spree <p style="text-align: right;">16.06.2021</p> <p>Von unserer Seite gibt grundsätzlich keine Einwendungen gegen Ihre Planungen. Wir haben im Bereich zwischen der Greifswalder Chaussee und dem BP Nr. 68,</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Hinweis zur Baufeldfreimachung betrifft nachfolgende Planungen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung																				
	20kV Kabel und Fernmeldekabel in Betrieb. Sollten diese für Ihre Planungen störend wirken, ist ein schriftlicher Antrag auf Baufeldfreimachung notwendig.																					
19 b	<p>GDMcom GmbH, Leipzig 21.01.2022</p> <p>bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <table border="0"> <tr> <td>Anlagenbetreiber</td> <td>Hauptsitz</td> <td>Betroffenheit</td> <td>Anhang</td> </tr> <tr> <td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td> <td>Halle</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Allgemein</td> </tr> <tr> <td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)¹</td> <td>Schwaig b. Nürnberg</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Allgemein</td> </tr> <tr> <td>ONTRAS Gastransport GmbH</td> <td>Leipzig</td> <td>betroffen</td> <td>ONTRAS</td> </tr> <tr> <td>VNG Gasspeicher GmbH</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Allgemein</td> </tr> </table> <p>1) Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).</p> <p>2) Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen. Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Aus-</p>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Allgemein	ONTRAS Gastransport GmbH	Leipzig	betroffen	ONTRAS	VNG Gasspeicher GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Allgemein	<p>Keine Abwägung erforderlich. Es wurden weitere Auskünfte eingeholt.</p>
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang																			
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Allgemein																			
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Allgemein																			
ONTRAS Gastransport GmbH	Leipzig	betroffen	ONTRAS																			
VNG Gasspeicher GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Allgemein																			

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung															
	<p>Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben. Weitere Anlagenbetreiber Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p> <p>Anhang – ONTRAS Gastransport GmbH</p> <p>Die beiliegende Schutzanweisung ist wesentlicher Bestandteil dieser Auskunft und zwingend zu beachten. Im angefragten Bereich befinden sich die folgenden Anlagen des oben genannten Anlagenbetreibers. Die Anlagen liegen in der Regel mittig im angegebenen Schutzstreifen (ggf. abweichende Schutzstreifenbreiten sind dem Bestandsplanwerk bzw. den digitalen Daten zu entnehmen):</p> <table border="1" data-bbox="257 758 1108 981"> <thead> <tr> <th>Anlagentyp</th> <th>Anlagenkennzeichen</th> <th>DN</th> <th>Schutzstreifenbreite (in m)</th> <th>Zuständig</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Ferngasleitung (FGL) <i>stillgelegt</i></td> <td>92</td> <td>200</td> <td>3,00 ¹⁾</td> <td>ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Neustrelitz</td> </tr> <tr> <td>Mögliche sonstige Einbauten und Zubehör</td> <td colspan="4">Schilderpfahl (SPf), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Ausbläser (A), Isolierstück/e (I), Betonreiter (BR)</td> </tr> </tbody> </table> <p>¹⁾ 1,5 m beidseitiger technischer Mindestabstand</p> <p>Die derzeitige ungefähre Lage dieser Anlagen entnehmen Sie bitte anliegenden Planunterlagen. Bitte beachten Sie, dass uns für die stillgelegte ONTRAS-Ferngasleitung FGL 92 keine aktuellen Bestandspläne vorliegen. Demzufolge übergeben wir Ihnen zu Ihrer Information lediglich ungeprüfte Altbestandspläne, bei denen die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen werden kann. Die Angaben zur Lage der Anlagen sind so lange als unverbindlich zu betrachten, bis die tatsächliche Lage in der Örtlichkeit unter Aufsicht des zuständigen Betreibers/</p>	Anlagentyp	Anlagenkennzeichen	DN	Schutzstreifenbreite (in m)	Zuständig	Ferngasleitung (FGL) <i>stillgelegt</i>	92	200	3,00 ¹⁾	ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Neustrelitz	Mögliche sonstige Einbauten und Zubehör	Schilderpfahl (SPf), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Ausbläser (A), Isolierstück/e (I), Betonreiter (BR)				<p>Der Anhang zur Stellungnahme wird berücksichtigt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen. In der Begründung wird auf die stillgelegte Ferngasleitung hingewiesen.</p>
Anlagentyp	Anlagenkennzeichen	DN	Schutzstreifenbreite (in m)	Zuständig													
Ferngasleitung (FGL) <i>stillgelegt</i>	92	200	3,00 ¹⁾	ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Neustrelitz													
Mögliche sonstige Einbauten und Zubehör	Schilderpfahl (SPf), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Ausbläser (A), Isolierstück/e (I), Betonreiter (BR)																

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>Dienstleisters festgestellt wurde. Erforderliche Suchschachtungen sind durch den Antragsteller/ das Bauunternehmen in Handschachtung auf eigene Kosten durchzuführen. Benötigen Sie die genaue Lage in der Örtlichkeit, vereinbaren Sie bitte unter Angabe der PE-Nr. einen Termin mit dem nachfolgend benannten Betreiber/ Dienstleister: Zuständig: ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Neustrelitz</p> <p>Zum geplanten Entwurf der 18. Änderung des Flächennutzungsplans der Hansestadt Stralsund bestehen grundsätzlich keine Einwände. Zu beachten sind folgende Auflagen und Hinweise:</p> <p>1. Aus den anliegenden Planunterlagen ist zu entnehmen, dass sich die stillgelegte ONTRAS-Ferngasleitung FGL 92 innerhalb der räumlichen Grenze des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes befindet.</p> <p>2. In der Planzeichnung zur 18. Änderung des Flächennutzungsplanes ist die stillgelegte ONTRAS-Ferngasleitung FGL 92 als Hauptversorgungsleitung darzustellen.</p> <p>3. In der Begründung zum Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes wird unter Pkt. 3.4 auf das Vorhandensein der stillgelegten FGL 92 hingewiesen. Wir bitten hier um Ergänzung insbesondere des Punktes 5. dieser Stellungnahme.</p> <p>4. Im Schutzstreifen dürfen für die Dauer des Bestehens der Anlage/n keine baulichen Anlagen errichtet oder sonstigen Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder Betrieb der Anlage/n vorübergehend oder dauerhaft beeinträchtigen/gefährden können.</p> <p>5. Bei stillgelegten Anlagen sind in Abstimmung mit ONTRAS Abweichungen von</p>	<p>Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Er betrifft nachfolgende Planungen.</p> <p>Der Anregung wird nicht nachgekommen. Die Darstellung der stillgelegten Ferngasleitung in der Planzeichnung der 18. Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt nicht. Es liegen keine städtebaulichen Gründe vor, die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung des Stadtgebiets ergeben würden. Weiterhin ist eine Bergung der stillgelegten Leitung mit der Erschließung des Plangebietes vorgesehen, daher entfällt die Leitung zukünftig.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Der Hinweis wird ergänzt. Er betrifft die nachgelagerte Erschließungsplanung.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>den Regelungen und Vorschriften der beigefügten Schutzanweisung möglich. Im Falle einer Baubehinderung durch die FGL 92 kann die stillgelegte Leitung im Baufeld durch die ONTRAS geborgen werden. Ein selbständiger Rückbau der Anlage ist nicht gestattet. Der Rückbau erfolgt durch Auftragserteilung an den Betreiber der Anlage (ONTRASGastransport GmbH). Mit ihm sind die Modalitäten des Rückbaus festzulegen. Rückbaumaßnahmen erfordern erfahrungsgemäß eine gewisse Vorlaufzeit. Um Verzögerungen bei der Baufeldfreimachung zu vermeiden bitten wir um rechtzeitige Mitteilung/ Veranlassung durch den Vorhabenträger.</p> <p>6. Damit die öffentliche Sicherheit und die Versorgungsaufgaben nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden, sind jegliche Planungen (auch externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) im Bereich der Anlagen rechtzeitig abzustimmen.</p> <p>7. Die vorgenommenen Änderungen sind uns zur erneuten Stellungnahme vorzulegen.</p> <p>8. Der oben genannte Anlagenbetreiber ist weiter an dem Verfahren zu beteiligen.</p> <p>9. Nach Abschluss des Verfahrens ist uns der Beschluss zu übergeben.</p> <p>Anlagen: Leitungsschutzanweisung Übersichtskarten Altbestandsplan-Grundriss</p>	<p>Den Anregungen wird nicht nachgekommen. Eine weitere Beteiligung ist nach dem BauGB im Änderungsverfahren nicht vorgesehen. Es erfolgen im Rahmen der Erschließungsplanung Abstimmungen zum Rückbau der Leitung. Dem Einwender wird das Abwägungsergebnis übersandt.</p> <p>Die Anlagen werden zur Kenntnis genommen.</p>
20 b	<p>Landkreis Vorpommern-Rügen, Stralsund</p> <p style="text-align: right;">07.02.2022</p> <p>Städtebauliche und planungsrechtliche Belange Auf einer rund 10 ha großen Fläche in Andershof, östlich der Brandshäger Straße, nördlich eines Möbelmarktes und angrenzend an ein bestehendes Wohngebiet, soll eine Wohnbaufläche, unterbrochen durch eine Grünfläche mit Regenrückhaltebecken sowie eine Fläche für eine Sportanlage dargestellt werden. Das Ände-</p>	<p>Die Sachdarstellung ist zutreffend.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>rungsgebiet wird derzeit landwirtschaftlich genutzt und ist im wirksamen FNP als Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Sportplatz“ dargestellt ist. Die Überplanung landwirtschaftlicher Flächen für die Bauflächendarstellung wird begründet. Die FNP-Änderung erfolgt im Parallelverfahren zur Aufstellung des B-Planes Nr. 68 „Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße“. Der Landschaftsplan soll angepasst werden. Aus städtebaulicher und baurechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken.</p> <p>Wasserwirtschaft Wasserschutzgebiete sind nicht betroffen. Der Graben 12 liegt als Gewässer II. Ordnung außerhalb des Plangebietes, wird jedoch durch die geplante Einleitung des im Wohngebiet anfallenden Niederschlagswassers betroffen. Alles anfallende Schutzwasser ist wie vorgesehen dem Abwasserbeseitigungspflichtigen zu übergeben. Im Hinblick auf die Bewirtschaftungsziele gemäß § 47 WHG ist die ortsnahe Versickerung der kanalisierten Ableitung in ein Oberflächen- oder Küstengewässer vorzuziehen. Dies ist aufgrund der Bodenverhältnisse im Plangebiet nur eingeschränkt möglich. Im Bereich der geplanten Retentionsfläche stehen nur geringmächtige sickerefähige Sande über schlecht durchlässigem Geschiebelehm/-mergel an. Der verrohrte Graben 12, in den ein großer Teil des anfallenden Niederschlagswassers eingeleitet werden soll, besitzt eine eingeschränkte hydraulische Leistungsfähigkeit. Der Verbleib des auf den bebauten Flächen anfallenden Niederschlagswassers und die ausreichende Leistungsfähigkeit des Gewässers sind im nachgeordneten Verfahren nachzuweisen.</p> <p>Naturschutz Gegen die 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Es werden keine Flächen mit hoher naturschutzfachlicher Bedeutung überplant. Einer Auseinandersetzung mit den Belangen des Biotop-, Baum- und des Artenschutzes sowie der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung auf der Ebene des</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die nachfolgenden Planungen. Die vorbereitende Bauleitplanung ermöglicht noch keine baulichen Vorhaben, sie trifft keine Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung. Eine Beurteilung der wasserwirtschaftlichen Auswirkungen kann daher erst im Zuge nachfolgender Planungen erfolgen.</p> <p>Die Zustimmung wird begrüßt.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>Bebauungsplans Nr. 68 „Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße“ wird zugestimmt.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass sich östlich sowie nordwestlich jeweils gesetzlich geschützte Biotop angeschlossen (0308-114B5047 permanentes Kleingewässer sowie 0308114B5046 Feldhecke). Nach § 20 NatSchAG M-V sind im Geltungsbereich eines geschützten Biotopes alle Maßnahmen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung des charakteristischen Zustandes oder sonstigen erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung führen können, unzulässig. Auch Wohnbebauung kann erhebliche schädliche Auswirkungen auf geschützte Biotop haben. Das ist in der weiteren Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Artenschutz Folgende Unterlagen wurden für die Erstellung der Stellungnahme zur 18. Änderung des Landschaftsplans der Hansestadt Stralsund verwendet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • AFB (Büro Berg) vom 12.08.2020 • Begründung von August 2021 <p>Der besondere Artenschutz wird durch das Änderungsverfahren nicht abschließend bearbeitet muss daher fachlich qualifiziert rechtzeitig vor Beginn der späteren Umsetzung unter Einbeziehung der zuständigen UNB abgearbeitet werden. Die im Auftrag des Vorhabenträgers durchgeführten artenschutzfachlichen Untersuchungen sind weitestgehend nachvollziehbar und wird hiermit unter Beachtung der folgenden Hinweise bestätigt bzw. der Änderung zugestimmt:</p> <p>Aufgrund des nahen Regenrückhaltebeckens ist trotz negativen Kartierergebnisses mit dem Vorkommen von Amphibien zu rechnen. Es wird davon ausgegangen, dass die Begehungen bei gutem Wetter für Brutvogelkartierungen durchgeführt wurden. Nachweise von Amphibien im Landlebensraum gelingen jedoch am Besten bei regnerischem Wetter oder in taunassen Nächten. Der das Laichgewässer umgebene und artspezifisch unterschiedliche Landlebensraum wird laut Leitfaden Artenschutz des LUNG und auch gemäß Guidance Document der EU der Fortpflanzungsstätte zugeordnet und unterliegt daher dem Schädigungsverbot</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Biotop liegen außerhalb des Änderungsbereiches. Die Biotop werden im Landschaftsplan gekennzeichnet.</p> <p>Die Zustimmung wird begrüßt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen die verbindliche Bauleitplanung. Mit der 18. Änderung des FNP können keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände ausgelöst werden. Zusätzlich zu den in im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag vom 12.08.2020 genannten Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen können bei Erfordernis weitere Maßnahmen durchgeführt werden, die 18. Änderung des FNP steht dem nicht entgegen. Im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung wird zu prüfen sein, ob trotz negativem Kartierungsergebnis mit möglichen Amphibienvorkommen im Umfeld des Plangebiets</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. Sonstiger Landlebensraum wäre analog zu den Ausführungen zu Reptilien ebenfalls geschützt, da hier die Ruhestätten diffus verteilt sind. Hier müssen also mindestens Maßnahmen zum Ausgleich des Verlusts an Landlebensräumen sowie zur Verminderung und Vermeidung des Tötungs- und Verletzungsrisikos geplant und umgesetzt werden, um nicht die Verbotstatbestände einschlägig werden zu lassen. Die zu erwartenden typischen Gullys und Kabelschächte (oder ähnliche Strukturen) führen zu einer erheblichen aber auch vermeidbaren Steigerung des Tötungs- und Verletzungsverbots. Es sind geeignete Maßnahmen vorhanden, um das Risiko deutlich zu reduzieren: Hinweise zur Vermeidung von Kleintierfallen finden sich unter: http://www.karch.ch/karch/Amphibien/Entwaesserung#Amphibienleiter und auch unter: http://www.unine.ch/files/live/sites/karch/files/Doc_a_telecharger/Amphibien_div./Amphibienschutz%20vor%20Haust%c3%bcr_v2013.pdf</p> <p>Da das analog zum § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG vorgeschlagene Bauzeitenfenster nicht geeignet ist, sämtliche artenschutzrechtliche Konflikte im Zusammenhang mit Brutvögeln oder Fledermäusen artspezifisch auszuschließen, sind hier eindeutige Festlegungen zum Schutz der Brutvögel in den Textteil der Planzeichnung mit aufzunehmen. Zahlreiche Brutvögel fangen bereits frühzeitig mit dem Brutgeschehen an und können aufgrund der Habitatausstattung auch nicht von vorneherein ausgeschlossen werden. Als mögliche Arten, die auch regelmäßig in Siedlungen bzw. siedlungsnahem Umfeld vorkommen, wären beispielsweise folgende Arten mit frühem Brutbeginn zu nennen: Ringeltaube Anfang Februar Amsel Anfang Februar (Erfassungszeiträume Brutvögel nach Südbeck et al. 2005) Die in der Artenschutztablette Vögel des LUNG gemachten Angaben zu den Brutzeiten liegen teilweise noch deutlich vor den Angaben nach Südbeck et al. 2005).</p> <p>Hinsichtlich des Kollisionsrisikos/Vogelschlags an Glasflächen sei auf die Studie des BfN und der Schweizer Vogelschutzswarte verwiesen (Broschüre Vogelschlag</p>	<p>gerechnet werden muss.</p> <p>Im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung wird zu prüfen sein, ob eine Ausweitung der bisher vorgesehenen Bauzeitenfenster erforderlich ist.</p> <p>Im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung wird zu prüfen sein, ob bzw. welche Maßnahmen zum Schutz vor Kollision bzw. Vogelschlag erforderlich bzw. angebracht sind.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>an Fenstern). Weitere Hinweise finden sich im Leitfaden „Vermeidung von Vogelverlusten an Glasscheiben der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten“ (LAG VSW 2021). Laut den Ausführungen der LAG VSW ist die alleinige Verwendung reflexionsarmen Glases nicht ausreichend, um das Kollisionsrisiko ausreichend zu minimieren. Eine Abstimmung mit der UNB wird daher dringend empfohlen.</p> <p>Brand- und Katastrophenschutz Aus der Sicht des vorbeugenden Brandschutzes bestehen keine Bedenken zum o.g. Vorhaben. Es sind folgende Grundsätze einzuhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung ausreichender Anfahrts-, Durchfahrts- bzw. Wendemöglichkeiten für Fahrzeuge der Feuerwehr und des Rettungsdienstes; ▪ Ordnungsgemäße Kennzeichnung der Wege, Straßen, Plätze bzw. Gebäude (Straßennamen, Hausnummern usw.), ▪ Die Bereitstellung der erforderlichen Löschwasserversorgung von mindestens 48 m³/h ist in der weiteren Planung zu beachten und in der Erschließungsphase umzusetzen. <p>Das Löschwasser ist gemäß dem Arbeitsblatt W 405, Stand: Februar 2008, des DVGW für den Zeitraum von 2 Stunden, innerhalb eines Radius von 300 m bereitzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dieser Radius die tatsächliche Wegstrecke betrifft und keine Luftlinie durch Gebäude bzw. über fremde Grundstücke darstellt. Gemäß § 2 Abs. 1 Ziffer 4 des Gesetzes über den Brandschutz und die Technischen Hilfeleitungen durch die Feuerwehren für Mecklenburg-Vorpommern vom 31. Dezember 2015, in der derzeit geltenden Fassung, ist die Gemeinde verpflichtet die Löschwasserversorgung, als Grundschutz, in ihrem Gebiet sicherzustellen.</p> <p>Abfallwirtschaft Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen nimmt zur o.g. Änderung des Flächennutzungsplanes wie folgt Stellung:</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen. Die Flächennutzungsplanänderung umfasst keine Straßenplanung.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>In der Hansestadt Stralsund wird die Entsorgung der Abfälle gemäß der Satzung über die Abfallbewirtschaftung im Landkreis Vorpommern-Rügen" (Abfallsatzung - AbfS) vom 9. Oktober 2017 in der Fassung der 3. Änderungssatzung, gültig seit dem 01.01.2020 durch den Landkreis Vorpommern-Rügen, Eigenbetrieb Abfallwirtschaft bzw. durch von ihm beauftragte Dritte durchgeführt. Weiterhin erfolgt die Abholung und Entsorgung von Wertstoffen, wie Pappe, Papier, Glas und Verkaufsverpackungen, durch hierfür beauftragte private Entsorger. Der Geltungsbereich der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes unterliegt aufgrund der geplanten Nutzung dem Anschluss- und Benutzungszwang an die Abfallbewirtschaftung gemäß § 6.</p> <p>Ich bitte für die weitere Planung bezogen auf die spätere Befahrbarkeit der Straßen Folgendes zu beachten: Müll darf nur abgeholt werden, wenn die Zufahrt zu Müllbehälterstandplätzen so angelegt ist, dass ein Rückwärtsfahren nicht erforderlich ist. Dies gilt nicht, wenn ein kurzes Zurückstoßen für den Ladevorgang erforderlich ist, z. B. bei Absetzkippern.“ Zum § 16 Nr. 1 legt die DGUV Vorschrift 43 „Müllbeseitigung“ weiterhin fest: „Bei Sackgassen muss die Möglichkeit bestehen, am Ende der Straße zu wenden.“</p> <p>Eine Wendeanlage ist aus Sicht des gesetzlichen Unfallversicherungsträgers idealerweise geeignet, wenn sie einen Mindestdurchmesser von 20,00 m zuzüglich der erforderlichen Freiräume von bis zu 2,00 m für die Fahrzeugüberhänge aufweist und in der Wendeplattenmitte frei befahrbar ist. Wendeanlagen müssen mindestens den Bildern 56 – 59 der unter Ziffer 6.1.2.2 genannten Wendeanlagen der Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) entsprechen, wobei andere Bauformen als Wendekreise oder –schleifen, z. B. Wendehämmer, aus Sicht des gesetzlichen Unfallversicherungsträgers (siehe DGUV Information 214-033) nur ausnahmsweise zulässig sind, wenn aufgrund von topographischen Gegebenheiten oder bereits vorhandener Bausubstanz ein Wendekreis/-schleife nicht realisiert werden kann.</p> <p>Für jede Wendeanlage sind ein Ausfahrtradius von mindestens 10 m und eine Fahrbahnbreite von mindestens 5,50 m zu planen. Der Wendeplattenrand zuzüg-</p>	

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
20 a	<p>lich der erforderlichen Freiräume muss frei sein von Hindernissen wie Schaltschränke der Telekommunikation, Elektrizitätsversorgung oder Lichtmasten, Zäune und ähnlichen Einschränkungen. Bezüglich der Straßen regelt die DGUV Vorschrift 71 „Fahrzeuge“ (ehemals BGV D 29) im § 45 Abs. 1: „Fahrzeuge dürfen nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betrieben werden, die ein sicheres Fahren ermöglichen.“</p> <p style="text-align: right;">25.07.2021</p> <p>18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund</p> <p>Wasserwirtschaft Die Planung ist hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Bewirtschaftungszielen für das Grundwasser gemäß EG-WRRL derzeit nicht abschließend beurteilungsfähig. Im Dezember 2020 wurden die Bewirtschaftungspläne für den Zeitraum 2022-2027 im Entwurf bekannt gemacht. Das Vorhaben betrifft den Grundwasserkörper WP_KO_4_16. Zur Verbesserung des mengenmäßigen Zustands sind hier Maßnahmen zur Reduzierung der Wasserentnahme für die öffentliche Wasserversorgung geplant. Sofern die Planung zu einer Erhöhung der Gesamtentnahme in der Wasserfassung Andershof bzw. in den umliegenden Trinkwasserfassungen führt, steht sie somit den Bewirtschaftungszielen nach § 47 WHG entgegen. Wenn der sich im Plangebiet ergebende Wasserbedarf nicht durch einen Rückgang des Bedarfs in einem anderen Stadtteil oder dem nahen Umland ausgeglichen werden kann, ist ein wasserrechtlicher Fachbeitrag vorzulegen. Die notwendigen Inhalte der Prüfung sind mit dem Dezernat 320 des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie abzustimmen. Andernfalls ist der Nachweis zu führen, dass sich die Entnahmen für die öffentliche Wasserversorgung im betroffenen Grundwasserkörper durch die Planung nicht erhöhen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen im Weiteren die nachfolgenden Planungen. Auf die abzusehenden Auswirkungen für das Schutzgut Wasser wird im Teil 2 der Begründung unter Punkt 3.3 bereits hingewiesen. Die vorbereitende Bauleitplanung ermöglicht noch keine baulichen Vorhaben, sie trifft keine Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung. Eine Beurteilung der wasserwirtschaftlichen Auswirkungen kann daher erst im Zuge nachfolgender Planungen erfolgen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
21 b	<p>Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt Greifswald</p> <p style="text-align: right;">04.01.2022</p> <p>Nachderzeitigem Kenntnisstand befindet sich im Bereich der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund „Geländeöstlich der Brandshäger Straße“ kein Grundbesitz des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung: Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist von den geplanten Maßnahmen nicht betroffen. Die vom Staatlichen Bau- und Liegenschaftsamtes Greifswald verwaltete Liegenschaft Brandshäger Straße 5 - 9 (Flurstück 11 der Flur 4) befindet sich nicht mehr im Landeseigentum Mecklenburg-Vorpommern. Die Verwertung/ Verkauf der Liegenschaft mit Wohnhaus ist seitens des Landes Mecklenburg-Vorpommern erfolgt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
22 b	<p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr</p> <p style="text-align: right;">04.01.2022</p> <p>durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung zu der Planung keine Einwände.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
23 b	<p>Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern</p> <p style="text-align: right;">31.01.2022</p> <p>mit der 18. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) der Hansestadt Stralsund soll die parallele Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 68 „Wohngebiet östlich der Brandshäger Straße“ vorbereitet werden. Im räumlichen Geltungsbereich (ca. 9,8 ha) des FNP soll die bisherige Darstellung als Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Sportplatz“ überwiegend in eine Wohnbaufläche geändert</p>	<p>Die Sachdarstellung ist zutreffend.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>werden. Die Hansestadt Stralsund beabsichtigt, östlich der Brandshäger Straße einen Wohnungsbaustandort für ein vielfältiges Wohnraumangebot in Form von Mehrfamilien-, Reihen-, Doppel- und freistehenden Einzelhäusern zu entwickeln.</p> <p>Gemäß Ziel 3.2 (3) des Landesraumentwicklungsprogramms Mecklenburg-Vorpommern (LEP 2016) nimmt die Hansestadt Stralsund zusammen mit der Universitäts- und Hansestadt Greifswald eine Funktion als gemeinsames Oberzentrum wahr. Die Sicherung und Bereitstellung von Wohnbauflächen gehört zu den Grundaufgaben eines Zentralen Ortes.</p> <p>Dem Vorhaben wurde in den landesplanerischen Stellungnahmen vom 29.07.2021 bereits zugestimmt. Die raumordnerische Zustimmung für die 18. Änderung des Flächennutzungsplans des Hansestadt Stralsund wird weiterhin aufrechterhalten.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Zustimmung wird begrüßt.</p>
24 b	<p>Wasser- und Bodenverband „Barthe/ Küste“, Stralsund 29.12.2021</p> <p>auf der durch die 18. Änderung des F-Planes betroffenen Fläche östlich der Brandshäger Straße im Ortsteil Andershof befinden sich keine Gewässer 2. Ordnung, die sich derzeit in der Unterhaltung unseres Verbandes befinden.</p> <p>Die Entwässerung des geplanten Wohngebietes wird jedoch unmittelbar in das verrohrte Gewässer - Graben 12 - erfolgen. Im Rahmen der Erschließungsplanung ist der Nachweis der schadlosen und dauerhaft gesicherten Ableitung des Wassers über das verrohrte Gewässer zu erbringen. Derzeit dient das verrohrte Gewässer hauptsächlich der Entwässerung der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen, dies wird sich mit der Erschließung des Wohngebietes grundlegend ändern. Im Zuge der Erschließungsplanung sollte daher auch geprüft werden, inwieweit der Gewässerstatus weiterhin bestehen bleibt oder ob es sich dann</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen. Die in der 18. Änderung des Flächennutzungsplans und der Änderung des beigeordneten Landschaftsplans vorgesehenen Darstellungen stehen der Berücksichtigung der gegebenen Hinweise nicht entgegen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	zukünftig um eine Abwasseranlage handelt.	
25 b	<p>REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft Stralsund mbH, Stralsund</p> <p style="text-align: right;">04.02.2022</p> <p>von Seiten der REWA bestehen keine Bedenken zur 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
26 b	<p>SWS Energie GmbH, Stralsund</p> <p style="text-align: right;">07.02.2022</p> <p>Die SWS Netze GmbH wird die Stromerschließung durchführen. Dafür ist ein Standort für eine Trafostation sowie einige Kabelverteilerschränke innerhalb des B-Plan Gebietes erforderlich. Ein Erschließungsvertrag für die Stromnetzerschließung ist zwischen dem Erschließungsträger und der SWS Netze GmbH zu vereinbaren. Bitte wenden Sie sich dafür an Frau von Bahder unter der Rufnummer 03831-241 5369. Die wärmetechnische Erschließung und Versorgung ist durch die SWS Energie GmbH vorgesehen.</p> <p>Bitte beachten Sie, dass auch im Stadtgebiet Stralsund E.DIS Leitungen vorhanden sein können. Bestandsauskünfte für die Sparten Wasser bzw. Abwasser sind über die REWA – Regionale Wasser- und Abwasser GmbH, Bauhofstraße 5, 18439 Stralsund, zu beantragen.</p> <p>Um auch zukünftig ein schnelles Abarbeiten Ihrer Standort- und Trassengenehmigung zu gewährleisten, bitten wir Sie, die Unterlagen per E-Mail an bestandsauskunft@stadtwerkstralsund.de oder per Post 2-fach (1x Sparte Strom, 1x Sparte Gas/Fern-wärme) bei der SWS Energie GmbH einzureichen.</p> <p>Anlage 1: Stellungnahme Fachbereich Strom Anlage 2: Stellungnahme Fachbereich Gas Anlage 3: Merkblatt zum Arbeiten in der Nähe von unterirdischen Versorgungsan-</p>	<p>Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Sie betreffen nachfolgende Planungen. Die in der 18. Änderung des Flächennutzungsplans und der Änderung des beigeordneten Landschaftsplans vorgesehenen Darstellungen stehen der Berücksichtigung der gegebenen Hinweise nicht entgegen.</p> <p>Die Anlagen 1 und 2 werden nachfolgend abgewogen, die Anlage 3 wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>lagen</p> <p>Anlage 1: Stellungnahme Fachbereich Strom Anliegend übergeben wir Ihnen für den o. g. Bereich einen Bestandsplan aus unserem Stadtkartenwerk, aus dem Sie die Lage der elektrotechnischen Anlagen unseres Unternehmens entnehmen können. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass diese Eintragungen nicht maßstäblich sind und Abweichungen auftreten können. Wir bitten Sie, dies bei der Durchführung des Vorhabens zu berücksichtigen. Bitte beachten Sie das „Merkblatt zum Arbeiten in der Nähe von unterirdischen Versorgungsanlagen (Gas- und Fernwärmeleitungen/ Strom- und Fm-Kabel)“</p> <p>Anlage: 1 Auszug NS-/MS-Kabel als PDF</p> <p>Anlage 2: Stellungnahme Fachbereich Gas / Fernwärme Anliegend erhalten Sie für o.g. Bauvorhaben den Leitungsbestand Gas aus unserem Stadtkartenwerk. Hieraus ist zu ersehen, dass es mit unseren Versorgungsanlagen zu Näherungen und Kreuzungen kommt. Hierbei sind die Auflagen/Forderungen des „Merkblattes zum Arbeiten in der Nähe von unterirdischen Versorgungsanlagen“, zu berücksichtigen. (Es ist besonders darauf zu achten, dass es zu keiner Überbauung/Bepflanzung unserer Anlagen kommt.) Nach Rücksprache sind eventuell Sondermaßnahmenerforderlich.</p> <p>Anlage: 1 Auszug ND-Leitungen als PDF</p>	<p>Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Der Bestandsplan und das Merkblatt wurden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen. Die in der 18. Änderung des Flächennutzungsplans und der Änderung des beigeordneten Landschaftsplans vorgesehenen Darstellungen stehen der Berücksichtigung der gegebenen Hinweise nicht entgegen.</p> <p>Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Der Bestandsplan wurde zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen. Die in der 18. Änderung des Flächennutzungsplans und der Änderung des beigeordneten Landschaftsplans vorgesehenen Darstellungen stehen der Berücksichtigung der gegebenen Hinweise nicht entgegen.</p>
27 b	<p>SWS Telnet GmbH, Stralsund</p> <p style="text-align: right;">07.01.2022</p> <p>im Bereich des Änderungsgebietes befindet sich ein PE-HD 50 x 4,6 DN40 Kabelschutzrohr der SWS Telnet GmbH. Den genau bezeichneten Abschnitt entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Lage-</p>	<p>Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Der anhängende Lageplan wurde zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nachfolgende Planungen. Die in der 18. Änderung des Flächennutzungs-</p>

Nr.	Stellungnahme Datum des Schreibens	Abwägung und Berücksichtigung
	<p>plan. Das Kabelschutzrohr hat eine Tiefenlage von ca. 0,60 m - 0,90 m. Es kann zu Abweichungen in Lage und Tiefe durch örtliche Gegebenheiten, Änderungen am Oberflächenaufbau, Querungen aller Art, etc. kommen. Das Kabelschutzrohr soll mit LWL-Kabeln belegt werden. Durch das Vorhandensein des Kabelschutzrohres wäre es für die SWS Telnet GmbH möglich den Bereich des Änderungsgebietes Telekommunikationstechnisch zu erschließen. Seitens der SWS Telnet GmbH gibt es keine Einwände gegen die 18. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund. Anlage: Bestandsplan</p>	<p>plans und der Änderung des beigeordneten Landschaftsplans vorgesehenen Darstellungen stehen der Berücksichtigung der gegebenen Hinweise nicht entgegen.</p>
28	<p>Einwender A 08.02.2022</p> <p>Der Flächennutzungsplan zum B-Plan Nr. 68 steht im Zusammenhang mit dem Rahmenplan für den Gesamtstadtteil. Im Rahmenplan Klima/Umwelt sind für den Stadtteil zur Versorgung Windkraftanlagen (am Parkplatz „Rügenblick“) vorgesehen. In den vorliegenden Unterlagen (Schall-Umwelt ...) findet sich hierzu kein Bezug.</p> <p>Fragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wie ist der Verfahrensstand hinsichtlich der zur Energieversorgung vorgesehenen Windkraft? - Wird das Verfahren öffentlich durchgeführt? - Ist dafür ebenso eine Änderung der Flächennutzung notwendig? - Wird die zum Stadtteil gehörige Windkraft über privilegiertes Bauen im Außenbereich genehmigt? Wie ist der Sachstand? 	<p>Die nach dem Rahmenplan Andershof vorgesehenen Windenergieanlagen sind zukünftig vorgesehen und müssen dann auf die schutzbedürftigen Nutzungen im näheren Umfeld Rücksicht nehmen. Etwaige immissionsschutzrechtliche Konflikte sind daher nicht Gegenstand dieses Änderungsverfahrens sondern im Zulassungsverfahren der Windenergieanlagen zu betrachten.</p> <p>Die Fragen beziehen sich auf die geplanten Windenergieanlagen und betreffen nicht die 18. Änderung des Flächennutzungsplanes bzw. die Anpassung des beigeordneten Landschaftsplanes.</p>